



Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Rat der Stadt Rheine
Silke Friedrich/Christian Jansen
Auf dem Thie 13
48431 Rheine
silke.friedrich@posteo.de
stadtrat@christian-jansen.de

An den
Bürgermeister der Stadt Rheine
Herrn Dr. Peter Lüttmann
Klosterstraße 14
48431 Rheine

Rheine, den 16. Dezember 2022

3. Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf 2023-2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet Sie, den folgende Änderungsantrag zum Haushaltsplan in der nächsten Sitzung des Haupt-, Digital- und Finanzausschuss zu berücksichtigen.

Beschluss:

Die Stadt Rheine stellt zusätzlich zu den im Ausschuss für Stadtentwicklung beschlossenen 85.000 € Sachkosten für die Maßnahmen weitere 170.000 € zur Verfügung.

Begründung:

In den politischen Arbeitskreisen zur Fortsetzung des Masterplans 100 % Klimaschutz ist ein Maßnahmenprogramm vorgestellt und diskutiert worden, das einen Wiedereinstieg in forcierten Klimaschutz ermöglicht hätte. Vom Verwaltungsvorstand wurde dann aufgrund der schwierigen finanziellen Situation eine Priorisierung der Maßnahmen vorgenommen. Im StUK am 14. Dezember 2022 unter TOP 6 „Fortschreibung Masterplan 100% Klimaschutz - Sofortmaßnahmenprogramm für 2023“ war unserem Empfinden nach eine Diskussion der

Maßnahmen nicht in notwendigem Umfang möglich und der Beschluss des Budgets erfolgte, ohne dass die einzelnen Maßnahmen besprochen wurden. Und obwohl auch die CDU die Notwendigkeit von intensiven Kommunikationsmaßnahmen beschworen hat, sind sie in dem jetzt beschlossenen Paket nicht berücksichtigt. Vor allem aber fehlen der Aufbau eines Monitorings und wichtige Verkehrsprojekte.

Die jetzige Planung konterkariert nicht nur das im Koalitionsvertrag von CDU und FDP versprochene Ziel der Klimaneutralität in 2030, das auch wir GRÜNE gefordert haben. Es wird auch dazu führen, dass wir im Jahr 2040 die Klimaneutralität nicht mehr werden erreichen können. Obwohl wir immer noch keine aktuellen Zahlen für Rheine haben, wissen wir, dass wir unsere CO₂-Reduktionsziele bisher nicht erreicht haben.

Mit der jetzt von der Verwaltung vorgeschlagenen Zielsetzung haben wir den Pfad zum 1,5 °-Ziel verlassen. Das ist nicht hinnehmbar. Das Bundesverfassungsgericht hat die 1,5-Grad-Grenze des Pariser Klima-Abkommens mit seinem Urteil im März 2021 letztlich für verfassungsrechtlich verbindlich erklärt und festgestellt, dass die zum Teil noch sehr jungen Beschwerdeführenden durch die aktuelle Klimapolitik in ihren Freiheitsrechten verletzt werden.

Die Generation, die für die Klimakrise verantwortlich ist, muss alles tun, um die schon heute spürbaren Auswirkungen abzumildern und den nachfolgenden Generationen die Freiheit erhalten ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Rheine,



Silke Friedrich
Fraktionssprecherin



Christian Jansen
Stellvertretender Fraktionssprecher